

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten · Nachrichten · Meinungen

Allgemeines

Vom Wesen der Vereinten Nationen — Botschafter Richard's sachliche Stellungnahme zur Weltorganisation (13)

Die Vereinten Nationen bestehen nun über 30 Jahre. Dieses Alter hat der Völkerbund tätig nur zu Zweidritteln erreicht, wobei er hinsichtlich seiner Bedeutung und seiner universalen Mitgliedschaft nicht den Vergleich mit der UNO aushalten kann. Dennoch werden die Vereinten Nationen immer wieder heftiger, manchmal berechtigter, meist unberechtigter Kritik ausgesetzt, ihre Bedeutung wird von Wenigen übertrieben, von den Meisten, zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland, untertrieben. In den Vereinigten Staaten galten die Vereinten Nationen in den ersten fünfzehn bis zwanzig Jahren ihres Bestehens viel, obwohl zwei Jahre nach der Gründung im Jahre 1945 auch dort schon abfällige Bemerkungen fielen. Die amerikanische Presse schrieb von einem reinen Debattierklub zu gegenseitiger Beschimpfung, der nur Ärger schaffe, von einer Plattform kommunistischer Propaganda, von einer niemanden interessierenden Witzblatt-Organisation, von der jeder anständige und vernünftige Mensch wisse, daß sie tot sei. Die kommunistischen Länder sprachen vom amerikanischen Apparat, mit dem die USA ihre imperialistische Politik vor den Völkern der Welt zu tarnen versuche.

Gegenwärtig hat das Ansehen der UNO in den USA einen besonderen Tiefpunkt erreicht, den tiefsten in den Beziehungen der Weltorganisation mit dem Gastland überhaupt. Letzter Grund für die amerikanische Verdrossenheit gegenüber der UNO ist die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten die Vereinten Nationen heute nicht mehr wie früher als eine Art Abteilung des amerikanischen Außenministeriums behandeln können. Das ist durchaus sachlich gemeint. Die Welt hat sich in den drei Jahrzehnten seit Kriegsende politisch gewandelt, und diese Wandlung mußte sich auch in der UNO zeigen, da diese die weltpolitische Lage widerspiegelt. Bedeutende amerikanische Politiker wie Kissinger stellten diese Wandlung in Rechnung, blieben aber, etwa im Gegensatz zum abgedankten US-Botschafter Moynihan, konstruktiv.

Der unmittelbare Anlaß für den gegenwärtigen Tiefpunkt des Ansehens in den USA (und in der Bundesrepublik Deutschland) kann auf den Tag genau fixiert werden: es ist der Tag der Annahme der sogenannten Zionismus-Resolution in der Generalversammlung am 10. November 1975 durch 72 Staaten gegen 35 Stimmen (weitgehend der Westen) bei 32 Enthaltungen (s. VN 1975 S.189 f.). An dieser Stelle soll jedoch nicht im Mittelpunkt stehen, ob der »Zionismus eine Form des Rassismus oder der rassischen Diskriminierung« ist, sondern wie richtig oder falsch, positiv oder negativ, förderlich oder nachteilig, konstruktiv oder destruktiv, sachlich oder emotional

eine Resolution abgelehnt und zu den Vereinten Nationen Stellung genommen werden kann. Die Ablehnung der gleichen Entschliebung, aber in entgegengesetzter Form, wird von den UNO-Botschaftern der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs demonstriert. Da über die Form des inzwischen zurückgetretenen amerikanischen UNO-Botschafters Daniel P. Moynihan bereits ausführlich berichtet wurde (VN 1976 S. 12 ff) bleibt die positive Form der Ablehnung der ominösen Entschliebung durch den britischen UNO-Botschafter Ivor Richard nichtzutragen. Sie ist ein Muster an politischer Einsicht, fest in der Sache, fair in der Behandlung von Opponenten und weitsichtig in weltpolitischen Angelegenheiten, und sie enthält, heute eine Seltenheit im Westen, eine Einstellung zu den Vereinten Nationen im allgemeinen wie zu den jüngeren Mitgliedstaaten im besonderen, die zu bejahren ist und als angemessen und zutreffend bezeichnet werden kann und muß. Der Kern der Ausführungen Richard's, die er am 17. November 1975 vor der Amerikanischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen machte, ist folgender:

I. Schon den Anteil künstlich geschürter oder echter spontaner Wut im New Yorker Umfeld und in der amerikanischen Öffentlichkeit über das Auftreten Präsident Amin's von Uganda in der Generalversammlung der Vereinten Nationen und über die Zionismus-Entschliebung der Völkergemeinschaft fand der britische UNO-Botschafter als Nicht-New-Yorker schwierig zu beurteilen. In Europa habe die Gelegenheit jedenfalls nicht die gleiche Aufmerksamkeit erregt. (In der Bundesrepublik vielleicht doch. Die Red.) In England sei die Entschliebung teils mit Mißbilligung aufgenommen worden, teils jedoch, nach einer genauen Prüfung der abgegebenen Stimmen, auch mit Gnugtuung darüber, daß, wenn es jemals eine automatische Mehrheit in den Vereinten Nationen gegeben haben sollte, diese nun nicht mehr vorhanden sei. Das Zusammengehen von arabischen und afrikanischen Staaten, von denen die Mehrheit abhängig gewesen sei, habe einen deutlichen Bruch erlebt. Die Risse vertieften sich noch und würden erkennbarer. Wenn es in Europa nicht den gleichen Aufschrei gegeben habe, wie in New York, so liege der Grund nicht in einer schwächeren Anteilnahme bei Fragen des Antisemitismus, sondern er liege darin, daß man heftige Reaktionen auf Abstimmungsergebnisse zu rein ideologisch und emotionalen Fragen vermeide.

II. Botschafter Richard sieht seine Aufgabe bei den Vereinten Nationen einmal darin, sein Land nach besten Kräften zu vertreten, sodann aber auch zu helfen, der UNO das Arbeiten besser zu ermöglichen. Großbritannien sähe in der UNO ein wichtiges Instrument seiner Außenpolitik, als einen Platz, auf dem und von dem aus es britischen Einfluß ausüben und britische Interessen verteidigen könne. Die UNO sei

kein Forum, auf dem es gelte, die Richtigkeit der »besonderen Marke britischer politischer Theologie« zu beweisen. Und ganz gewiß sei die UNO kein Kampfplatz, auf dem es gelte, jene Länder aufzuspießen, deren politische Systeme und Ideologien anders seien als die seine. Er, Richard, verbräuche viel Zeit, um Spektakel in der UNO zu vermeiden, nicht um sie zu suchen. Aber was immer auch die Vereinten Nationen seien — und hier kritisiert er, wenn auch ohne Namensnennung schärfstens das seines Erachtens völlig falsche Verhalten seines damaligen amerikanischen Kollegen Moynihan —, keinesfalls sei die UNO »the OK Corral« und er kaufe der Westernheld Wyatt Earp. Nichts könne durch exzessive ideologische Disputationen gewonnen werden. Seine Aufgabe sei es, die Vereinten Nationen zu nutzen, nicht sie zu »läutern«, besonders dann nicht, wenn hierdurch seine Gegner ermutigt, seine Freunde verwirrt und sein Land isoliert würden.

Die Vereinten Nationen könnten nur arbeiten, wenn man sie als das erkenne, was sie seien: ein unvollkommenes, aber bedeutendes Instrument der internationalen Zusammenarbeit. Er, Richard, halte nichts davon, die Institution Vereinte Nationen wegen der Ideologie einiger ihrer Mitglieder zu attackieren. Das gleiche ziemlich, den Parlamentarismus zu bejammern, weil man eine Abstimmung verloren habe. Natürlich solle man den (parlamentarischen) Gegner angreifen, wie auch er es oft und mit Genuß tue, aber nicht das Parlament selbst infragestellen. Das sei unlogisch und unfair. Es bedeute, das demokratische System anzuerkennen, wenn es einem Vorteil bringe, und abzulehnen, wenn es gegen einen wirke.

Gleich, als was man die Generalversammlung der Vereinten Nationen ansehe, in dieser Hinsicht sei sie jedenfalls eine demokratische Einrichtung, in der jeder eine Stimme habe und in der die Seite mit der größten Stimmenzahl die Abstimmung über eine zur Erörterung stehende Angelegenheit gewinne. Eine junge amerikanische Fernsehinterviewerin habe ihn einmal gefragt: »Herr Botschafter, was denken Sie über all diese undemokratischen Vorgänge in den Vereinten Nationen?« Ich fragte: »Welche undemokratischen Vorgänge?« Sie antwortete: »Na, sie stimmen uns doch dauernd nieder.«

Wir müßten gemeinsam lernen, die Vereinten Nationen in der Rolle zu sehen, für die sie da seien, ihre Grenzen bejahren und versuchen, sie möglichst gut wirken zu lassen. Er, Richard, sei jedenfalls nicht bereit, sich in einem ideologischen Kreuzzug gegen die Organisation einreihen zu lassen, in dem jemand wie Savonarola in der Rolle eines Racheengels auf-trete und Vergeltung predige (womit Richard natürlich das Auftreten und Verhalten Moynihans anvisierte). Unter allen Umständen müsse die Theorie abschreckender Gegenmaßnahmen sehr genau überlegt und Vergeltung sehr genau im voraus berechnet werden. Hiermit bezieht sich Richard auf Drohungen Moynihans gegenüber US-oppositionellen Staaten. Sonst, fährt Richard fort, nähere sich das Verhalten dem rasenden König Lear inmitten des

tobenden Sturms auf der Heide, seine Töchter mit den Worten verfluchend: »Ich werde Dinge tun — welcher Art sie sind, weiß ich nicht, aber sie sollen der Schrecken der Erde sein.«

Er, Richard, trete für ein bißchen mehr Toleranz und für ein bißchen mehr Geduld, besonders auch für die jungen, gerade entstandenen Staaten, ein. Man könne von ihnen nicht, obwohl einige es täten, ein höheres Maß an internationaler Moral verlangen, als man selbst leiste. Man sollte erkennen, obwohl es manche unterließen, daß viele Länder, die erst in den letzten zehn oder fünfzehn Jahren ihre nationale Staatlichkeit erlangt hätten, nun im Begriff seien, versuchsweise und langsam ihre eigenen Institutionen und Identitäten zu entwickeln. Man sollte sich erinnern, daß Armut und Schwäche Not und den Wunsch nach Zusammenschluß mit sich bringe, da auf diese Weise die Lasten wenigstens geteilt würden. Man sollte nicht vergessen, daß viele Länder, die nun so heftig angegriffen würden, verzweifelt und schmerzvoll hungrig seien. Und schließlich sollte man zu würdigen wissen, daß mit all dem ein heftiger, manchmal ein bißchen törichter Stolz verbunden sei über das, was diese Länder selbst schon erreicht haben und was sie in der Zukunft noch zu erreichen hoffen. »Diese Länder benötigen unsere individuelle Hilfe, nicht unsere kollektive Verdammung«, sagte Richard.

Die Welt stehe am Vorabend einer langen Debatte über weltumspannende wirtschaftliche Beziehungen. Sie könne ein Jahrzehnt oder länger dauern. Wir würden uns alle nach seiner Meinung einen schlechten Dienst erweisen, wenn wir diesen Prozeß mit Bitterkeit und Konfrontation starteten. Es sei die Zeit, die Probleme kühl und nicht wieder angeheizt anzugehen. So sollte man auch die Zionismus-Resolution und die Vorgänge, die zu ihr hingeführt hätten und die der unmittelbare Anlaß zu den Angriffen auf die Vereinten Nationen, vor allem in den Vereinigten Staaten, gewesen sei, in dieser Perspektive sehen. Es sei eine absurde Annahme, Zionismus für Rassismus zu halten, der größte Teil der Welt habe das zurückgewiesen. Red

Sozialfragen und Menschenrechte

Chile: Weiterhin Verletzungen der Menschenrechte — Die Kommission für Menschenrechte zum neuen Bericht der Untersuchungskommission — Appell an die chilenische Regierung und Fortsetzung der Beobachtung (14)

(Die folgenden Ausführungen setzen den Bericht in VN 1/1976 S. 27 fort.)

I. Die Menschenrechte wurden in Chile auch Anfang dieses Jahres noch wenig besser beachtet als Mitte 1975 (siehe VN 1976 S. 27 f). Neue gesetzliche Bestimmungen beabsichtigen zwar, die Härte des seit dem Militärputsch und dem Tod Allendes im September 1973 bestehenden Ausnahmezustandes zu mildern, bemerkenswerte Fortschritte konnten jedoch nicht festgestellt werden. Der Hauptgrund wird darin gesehen, daß die ordentlichen Gerichte im Ausnahmezustand kaum eine Möglichkeit haben, Urteile und Maßnahmen von Militärgerichten zu ändern, und die regierende Junta zudem genug Mittel hat, um Richter aller Grade zu beeinflussen und einzu-

schüchtern. Der staatliche Sicherheitsdienst arbeitet mit extremer Rohheit. Kalter methodischer Einsatz der Folter bei Erwachsenen erfolgt zu dem Zweck, Informationen von ihnen zu erhalten, und bei Kindern, damit sie Aussagen über Eltern und Verwandte machen. Bestrafung und Vernichtung politischer Gegner werden häufig von barbarischem Sadismus begleitet. Aussagen hierzu von Zeugen überschreiten die normale Vorstellungskraft. Die Folter ist institutionalisiert, das heißt, sie wird nicht von einzelnen Personen durch Überschreiten einer Befugnis angewandt, sondern gehört zur staatlich erlaubten Methodik bei Vernehmungen. Die herrschende Gewalt führt sich wie eine Besatzungsmacht in einem Feindesland auf. Zuverlässige Zeugen melden Aussagen wie »Die nationale Sicherheit ist wichtiger als die Beachtung der Menschenrechte« und »Wenn sie nicht gefoltert werden, werden sie auch nicht ›singen‹«. Auch die Kirchen und die Geistlichkeit bleiben nicht unbehelligt. So wurde eine ausschließlich humanitären Zwecken dienende gemeinsame Organisation verschiedener chilenischer Kirchen aufgelöst. Als positive Entwicklung wird vermerkt, daß eine Anzahl von Personen, die von der chilenischen Regierung als Gegner des Regimes oder als gefährlich für die Staatssicherheit und die öffentliche Ordnung angesehen wurden, das Land verlassen durften. Auch kann die Bevölkerung sich jetzt durch Presse und Rundfunk über die Verhältnisse und über das Interesse informieren, das befreundete Staaten und internationale Organisationen an ihrem Wohlergehen nehmen.

Das sind Ergebnisse des jüngsten, zweiten, einstimmig angenommenen Berichts des von der Kommission für Menschenrechte eingesetzten fünfköpfigen Untersuchungsausschusses zur Prüfung von Menschenrechtsverletzungen in Chile (E/CN.4/1188). Für die Erstellung des zweiten Berichts sind 29 weitere Zeugen gehört worden, unter ihnen Bischof Helmut Franz von der evangelisch lutherischen Kirche, Frau Dr. Shelia Cassidy, eine Ärztin, die verhaftet, festgehalten und erst kürzlich aus Chile ausgewiesen worden ist, und Enrique Kirberg, der frühere Rektor der Staatlichen Technischen Universität von Chile.

Der erste Bericht (A/10 285) war bereits von der 30. Generalversammlung 1975 behandelt worden, und die Versammlung hatte zu Chile eine Entschließung verabschiedet (siehe VN 1976 S. 30). Die beiden Berichte, zusammen mit Berichten des Generalsekretärs (A/10 295) und Eingaben der chilenischen Regierung (E/CN.4/1197 und 1207), dienten der prüfenden Kommission für Menschenrechte auf deren 32. Tagung, die vom 2. Februar bis 5. März in Genf stattfand, als Arbeitsunterlage.

II. Eine entscheidende Rolle in der Kommission für Menschenrechte spielte die Frage, inwieweit die gesamte Berichterstattung über Chile als unparteiisch und die Belastungen als bewiesen zu bewerten seien. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Allama (Pakistan), versicherte wiederholt die völlige Unparteilichkeit, was angesichts der Zusammensetzung des fünfköpfigen Ausschusses und der einstimmigen Annahme des Berichts unterstellt werden

könne. Auch habe die chilenische Republik zur personellen Zusammensetzung des Ausschusses auf Befragen keine Einwände erhoben. Die Tätigkeit der Gruppe sei äußerst gewissen- und ehrenhaft vorgegangen (Diéye, Senegal). Professor Ermacora drückte seine Überzeugung darüber aus, daß alle gehörten Zeugen glaubhaft seien. Die Behandlungen der Menschenrechtsverletzungen bedürften keiner politischen oder ideologischen Brille (Sir Keith Unwin, Großbritannien), sie seien unter jedem Etikett gleich übel; mit der Ablehnung, die Untersuchungskommission ins Land zu lassen, habe die chilenische Regierung sich selbst die Gelegenheit genommen, ihren guten Glauben zu beweisen. Obwohl die in dem Bericht enthaltenen Informationen vielleicht unvollständig und ungenau seien, liege die Schuld bei der chilenischen Regierung. Diese könne jedoch die Situation verbessern, wenn sie die ursprünglich ausgesprochene Einladung an die Gruppe erneuere und damit ihr die volle Durchführung ihres Auftrags ermögliche. Die Gruppe solle, auch im Hinblick auf den Appell der Generalversammlung (s. VN 1976 S. 30), den Kontakt mit der chilenischen Regierung wieder aufzunehmen versuchen, in der Hoffnung, durch unmittelbare Einwirkung auf die Regierung die Lage in Chile bezüglich der Beachtung der Menschenrechte zu verbessern.

Es sei nicht zufällig, sondern das Ergebnis ausländischer Einmischung, wenn Chile die Szene von Folter und anderer Menschenrechtsverletzungen sei (Sowjetunion, Bulgarien und Jugoslawien). Indem ausländische Monopole Terror und sadistische Verbrechen anstifteten, wollten sie anderen Ländern, die versuchten, die Kontrolle über ihre eigenen Naturschätze wiederzugewinnen, eine Warnung erteilen, war eine Ergänzung des jugoslawischen Sprechers. III. Unter den zahlreichen Sprechern von Ländern und staatlichen wie nichtstaatlichen Organisationen, die ihre tiefe Besorgnis über die Lage in Chile ausdrückten und die Verletzungen der Menschenrechte verurteilten, befand sich auch der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland Dietrich von Kyaw. Ernste Besorgnis gelte auch dann, wenn möglicherweise nicht alle Seiten der Lage in Chile in dem Bericht vollständig dargestellt seien. Dann wies Kyaw darauf hin, Chile sei nicht das einzige Land und auch nicht das erste, das der nationalen Sicherheit absoluten Vorrang einräume und die Beachtung der Menschenrechte als eine Art Luxus ansehe, die irgendwann einmal gewährt werden könne. Zudem hätten mit großer moralischer Entrüstung auch Vertreter solcher Länder gesprochen, in denen die Menschenrechte ebenfalls bedroht seien. Auch Kyaw befürwortete einen neuen Dialog zwischen dem Untersuchungsausschuß und der chilenischen Regierung.

IV. Sich vom Bericht distanzierende oder ihn kritisierende Sprecher waren Ausnahmen. Giambruno vom befreundeten Uruguay hielt den Bericht des Untersuchungsausschusses für völlig einseitig und unausgewogen. Das Zeugnis vom protestantischen Bischof Franz (s. o.) stehe in Gegensatz zu den Feststellungen des chilenischen Episkopats, denen zufolge die in